

## **Zu den Jugendkrawallen in Frankreich – Stellungnahme der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich**

Wie ein Flächenbrand scheint sich die Gewaltwelle in Frankreich auszubreiten. Frustrierte Jugendliche aus den sozialen Randgruppen ehemaliger Einwandererfamilien machen ihrer Aggression gegen Staat und Gesellschaft Luft, die sie als verantwortlich für ihre Chancenlosigkeit sehen. Eine Rechtfertigung für die blinde und rohe Gewalt, die Frankreichs Städte zunehmend überzieht, kann und darf es allerdings nicht geben. In einer Demokratie müssen andere, friedliche Mittel greifen können, kann randalierende Zerstörungswut die Situation nur verschärfen und erst recht tiefe Gräben aufreißen.

Diese Demokratie als gemeinsame Teilhabe ist nun gefordert. Denn die Versäumnisse in der Integrationspolitik treten offen zutage. Echte Integration wäre als beidseitiger Prozess angelegt, der auf der Ebene der Gleichwertigkeit dialogisch Wege des friedlichen und fruchtbaren Zusammenlebens eröffnet. Stattdessen wurden aber einseitig Rahmenbedingungen für die Minderheitsbevölkerung diktiert. Positive Maßnahmen etwa auf dem Bildungs- oder Wohnsektor blieben aus. Rassismus, Arbeitslosigkeit und das nagende Gefühl an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden, bestimmen den tristen Alltag der MigrantInnen aus Nord- und Schwarzafrika.

Innenminister Nicolas Sarkozy muss sich so manche Frage gefallen lassen – nicht nur nach seiner rüden Wortwahl, mit der er an den Problemen vorbei von den Jugendlichen pauschal als „Gesindel“ sprach. Wenn Integrationspolitik mit Sicherheitspolitik verwechselt oder gleichgesetzt wird, müssen alle Alarmglocken schrillen. Werden Minderheiten in erster Linie sicherheitspolizeilich „behandelt“, könnte man von gleichberechtigter Teilhabe im Sinne von Integration durch Partizipation nicht weiter entfernt sein.

So ist einmal mehr die Frage des klugen Umgangs mit dem Themenbereich der Zuwanderung und der Integration für Europa in den Brennpunkt gerückt. Für bestehende soziale Spannungen wird es sozialer Lösungen bedürfen. Dass es hier eben nicht um Unverträglichkeiten aufgrund religiöser Unterschiede oder Sprachschwierigkeiten geht, muss erfasst werden. Zu oft schon blieb die Debatte hier stecken. Nur miteinander und in gegenseitiger Achtung und Akzeptanz wird man weiterkommen. Dies zeigt auch die sehr aktive Rolle der Moscheen und engagierter Muslime in der jetzigen Situation, die durch Appelle an islamische Werte und Ethik zu einem Stopp der Gewalt auffordern.

Unter dem österreichischen EU-Vorsitz ab Jänner 2006 wäre Gelegenheit, ein funktionierendes Modell, was das Verhältnis zur muslimischen Minderheit betrifft, ins Bewusstsein zu rufen. Der Anerkennungsstatus des Islam in Österreich eröffnet immer wieder Möglichkeiten, die Beziehungen auf eine geregelte Basis zu stellen. In Österreich besteht viel mehr als nur ein Dialog im Sinne von sich gegenseitig vorsichtig abzutasten, sondern längst ein wirklicher Austausch und eine funktionierende Beziehung der Zusammenarbeit im Verhältnis Staat und Religionsgesellschaft. Bei auftauchenden Integrationsschwierigkeiten sucht man partnerschaftlich nach Lösungswegen.

Ein Spiegelbild dessen sind auch erfreuliche Anlässe wie der Empfang des Bundespräsidenten für in der Gemeinschaft aktive muslimische Mitglieder anlässlich des Festes zu Ende des Ramadan. In einer sehr freundschaftlichen Atmosphäre versicherte man sich, gemeinsam für das weitere friedliche und weitgehend harmonische Zusammenleben in Österreich eintreten zu wollen.

### **„Jugendkrawalle“:**

EU-weite Strategie für Jugend notwendig

Die Österreichische Bundes-Jugendvertretung appelliert an Schüssel:

Jugendarbeitslosigkeit muss Priorität bei EU-Präsidentschaft bekommen

„Wir finden die undifferenzierte Verwendung von Schlagwörtern in der Medienberichterstattung äußerst bedenklich. Indem man Jugendliche per se als willkürliche Randalierer darstellt, wertet man junge Menschen pauschal als Verbrecher ab, verunsichert MedienkonsumentInnen und berichtet nur über einen Teil der Wahrheit“, kritisiert Anja Fellerer, Sprecherin der Bundesjugendvertretung (BJV). Die eigentlichen Gründe für die Unruhen in Frankreichs Vorstädten würden wenn, dann nur am Rande erwähnt.

Die Ausschreitungen in Frankreich weisen auf eines der derzeit brennendsten Themen hin: Frankreich habe zwar andere geschichtliche und gesellschaftliche Hintergründe als Österreich und andere europäische Länder. Dennoch: Sozialen Sprengstoff gebe es nicht nur dort. „Junge Menschen brauchen Arbeit, Perspektiven und soziale Absicherung so wie mittelalte und ältere Menschen auch. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit muss europaweit Priorität bekommen. In dieser Hinsicht ist Österreich vor allem in Hinblick auf die EU-Ratspräsidentschaft gefordert“, betont Fellerer. Die Beschäftigungszahlen junger Menschen seien absolut alarmierend. „Jugendarbeitslosigkeit europaweit zu bekämpfen ist die zentrale Herausforderung der Zukunft“, so Fellerer. Neben der Umsetzung innovativer arbeitsmarktpolitischer Konzepte sieht die Bundesjugendvertretung die Lösung darin, das Problem, interdisziplinär und umfassend anzugehen. „Wir brauchen eine Offensive für junge Menschen, die sämtliche Bereiche umfasst, die für die Misere verantwortlich sind: Das geht von der Bildung bis zur Wirtschaft. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss in Europa zur Priorität werden“, appelliert Fellerer an den zukünftigen EU-Ratsvorsitzenden Wolfgang Schüssel.